

**STAATSZERFALL,  
PARASTAATLICHKEIT  
&  
BANDENKRIEGE**

Forschungsseminar (695.724):

Teilarbeit:

**TENDENZEN DER PRIVATISIERUNG & ÖKONOMISIERUNG VON GEWALT  
IN WESTEUROPA & USA  
(GRUPPE: EUROPA)**

o.-Univ. Prof. Dr. Hannelore Eva KREISKY  
Institut für Politikwissenschaft

Wintersemester 2003/04

Jakob FEYERER  
(300/0202359)

Peter SCHÖRG  
(300/9901482)

Irene LÖWY  
(300/7202860)

Rudolf SPARER  
(300/9701012)

Wien, 27. Jänner 2004

Tendenzen der Privatisierung und Ökonomisierung von Gewalt in Westeuropa und den USA.....	2
Einleitung.....	2
Überblick über die Entstehung von GATS.....	8
Bretton Woods (1944):.....	11
GATT (1947 bis 1995):.....	11
Uruguay-Runde (1986 bis 1994):.....	12
WTO (1. Jänner 1995):.....	12
GATS:.....	13
Privatisierung und Kommerzialisierung am Beispiel von „European Homecare“ einem Dienstleistungsbetrieb im Asyl- und Flüchtlingswesen.....	14
Rollenspiel.....	17
Abkürzungen:.....	23
Literaturverzeichnis:.....	23

## **Tendenzen der Privatisierung und Ökonomisierung von Gewalt in Westeuropa und den USA**

### Einleitung

Die Regierungen Europas und der USA stehen in einem zwiespältigen Verhältnis zueinander.

Einerseits werden die USA als Weltmacht respektiert, und konnten sich früher auch der Loyalität Europas sicher sein. Seit Beginn des Irakkrieges aber hat sich der Blick Europas auf die USA gewandelt: Europa sieht in den USA nicht mehr vordringlich eine Weltordnungsmacht, sondern den verzweifelten Versuch, militärische Überlegenheit zu demonstrieren, überall dort, wo nicht viel zu verlieren ist. Der Kampf gegen die „Achse des Bösen“ wahrt nur mehr den Anschein einer Weltmacht.

Der Autor Emmanuel Todd wählt für sein Buch über die USA den Titel: „Weltmacht USA – ein Nachruf“ und stellt darin fest, dass „jeder Schritt,

der Amerikas Zugriff auf die Welt verstärken soll, nur negative Rückwirkungen auslöst, die seine strategische Position weiter schwächen“. (Todd, S. 239).

Europa emanzipiert sich: Europa ist zwar noch kein wirklich einheitlicher Block, wir haben noch keine Verfassung, aber die Tendenz zur Eigenständigkeit ist eindeutig zu erkennen.

Europa befindet sich in Entwicklung zu einer starken Wirtschaftsmacht, die vor allem durch Deutschland und Frankreich repräsentiert wird.

Diese Tendenz wird von den USA mit Besorgnis beobachtet.

Sowohl den USA als auch den westlichen europäischen Industrienationen ist der Neoliberalismus als Phänomen gemeinsam.

Transnationale und internationale Konzernpolitik setzt weltweit neue Rationalisierungsmaßstäbe, welche die Volkswirtschaften vieler Länder in Bedrängnis bringen.

Mit Schlagworten wie dem „Standortvorteil“ und „Standortkonkurrenz“ scheinen die Regierungen in einer Art vorauseilendem Gehorsam zu regieren, indem soziale Sicherungen abgebaut werden, an Stelle diese zu verteidigen und liegen damit im Trend einer Neuauflage Thomas Hobbes Leviathan.

Mit der Verschlankung des Staates werden zunehmend hoheitliche Aufgaben, wie auch jene betreffend der inneren Sicherheit, durch Armee und Polizei privatisiert.

Funktionswandel und Funktionsverlust des Staates mit dem Rechtfertigungsgrund Neoliberalismus bedeuten eine Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und impliziert ein neues Verständnis des Sicherheitsbegriffes.

Weltweit sind Modernisierungsverlierer auszumachen, die sozial, ökonomisch, kulturell und politisch marginalisiert werden, wobei durchaus Unterschiede zwischen den USA und Europa feststellbar sind.

Unterschiede deshalb, weil im Gegensatz zu den Verhältnissen in den USA, in Europa bislang doch soziale Sicherheit gegenüber den Interessen einer Marktwirtschaft im Vordergrund stand.

Angesichts der territorialen Entgrenzung des Kapitals unterliegt auch der Sicherheitsbegriff einem Bedeutungswandel.

Die extreme Zunahme innerstaatlicher Konflikte in allen Facetten gegenüber „klassischen“ Kriegen zwischen Staaten, zeigt die relative Machtlosigkeit internationaler Organisationen auf.

So repräsentieren beispielsweise die Vereinten Nationen eine Staatenwelt mit dem Ziel der Ächtung zwischenstaatlicher Gewalt.

Wie, so stellt sich die Frage, soll dies künftig möglich sein, wenn das Gewaltmonopol von Staaten erodiert, ja im Zuge neoliberaler Verschlankung von staatlichen Akteuren selbst abgebaut wird.

Im Sinne der westfälischen Ordnung, welche dem Staat das souveräne Recht zur Gewaltausübung in Form eines Krieges (nis ad bellum)

übertrug, wurde auch klargelegt, dass der Staat exklusiv Akteur ist, welche über diese Gewalt verfügt.

Die Grenzen eines modernen souveränen Staates sind fest gefügt und werden durch ein von diesem Staat aufrecht erhaltenes Gewaltmonopol gesichert. Nach innen gewährleistet der Staat seinem – das ihn konstituierende – Staatsvolk jene Sicherheit, die gebraucht wird, um eben diesen Staat aufrecht zu erhalten. Dieses innerstaatliche Gewaltmonopol, die Polizei und alle Aufgaben, die sie zu bewältigen hat, geraten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck, sich – wie der Kapitalmarkt von all seinen Gütern abverlangt – marktwirtschaftlich zu behaupten. Nicht mehr der zu schwerfällige und zu teure Staat soll diese Dienste (gewähr)leisten, sondern private Unternehmen erledigen dieses ökonomischer und effizienter. Wachdienste, der Strafvollzug oder Autobahnpolizeien werden zunehmend privatisiert.

Das innere Gewaltmonopol kann somit nicht mehr als exklusive Angelegenheit des Staates betrachtet werden. In der immer mehr zunehmenden Diskussion um die Effizienz der öffentlichen Sicherheit wird immer mehr die These vertreten, dass Unternehmen im privaten Bereich eine bessere Performance aufweisen als eben die im öffentlich-rechtlichen.

Elementare Grundlagen eines Staates, wie Staatsvolk und Staatsgewalt verlieren aber angesichts globaler Entwicklungen zunehmend an Bedeutung und Gültigkeit.

Während die bislang gültige Ordnung den BürgerInnen selbst ein Gefühl der Sicherheit vermittelte, erfährt der Sicherheitsbegriff ebenfalls eine Entgrenzung unter dem Druck des Kapitals.

So scheint sich überhaupt die Ökonomie staatlicher Regelung zu entziehen oder wie Altvater/Mahnkopf treffend formulieren: Die Ablöse staatlicher Souveränität durch die ökonomische (Altvater/Mahnkopf 2002 S.63-68).

Hauptverantwortlich sind hierfür nicht nur die ökonomischen Akteure letzter Instanz, sondern die bereits im Vorfeld als Wegbereiter zu bezeichnenden internationalen Finanzagenturen wie die Weltbank und der IWF sowie der

World Trade Organisation (WTO)

So liefert das „General Agreement on Trade in Services“ (GATS), das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen, im Rahmen einer internationalen Konferenz über Zoll- und Handelsabkommen 1994 beschlossen, den formell ökonomischen Rahmen für die Privatisierung auch von unterschiedlichen Sicherheitsleistungen.

Triebfeder kapitalistischen Denkens war schlicht die Tatsache, dass Dienstleistungen mittlerweile rund 50 % des BIP (Bruttoinlandsproduktes) ausmachen und damit insgesamt ein „big business“ versprechen.

Grundsätze der Gleichbehandlung inländischer wie ausländischer Anbieter sowie der Prüfung politischer und sozialer Ziele der einzelnen Staaten durch die WTO sollen Handelshemmnisse und Beschränkungen für Dienstleistungen beseitigen.

Verliererinnen und Verlierer sind sozial Schwache, da GATS die weltweite Privatisierung und Liberalisierung bislang staatlicher Dienstleistungen verlangt. Aufgaben, die bislang der Staat

wahrgenommen hat wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Spitäler oder auch Gefangenenbetreuung, Überwachung des öffentlichen Verkehrs, etc. sollen, um effizienter und billiger zu sein, privatisiert werden. Denn nach dem neoliberalen Konzept verbessert sich im Wettbewerb am freien Markt die Qualität und die Preise fallen. Das entlastet wiederum den Staat, der sich dann mehr dem Schutz des privaten Eigentums widmen kann.

Da zu den Grundrechten des Menschen die Gleichbehandlung, die soziale Sicherheit und unumschränkte Bildung zählen, sind das Aufgaben die ein moderner Sozialstaat zu bewältigen hat. Werden diese Aufgaben nun durch nicht staatliche Organisationen, Konzerne, etc. wahrgenommen, so kann das durchaus als eine Art des (modernen?) Staatszerfalls angesehen werden.

So ist auch ein bestimmter Dualismus in den Entwicklungen feststellbar, der durchaus auch in Richtung der Stärkung und Festigung von Machtpositionen von Staaten, primär den USA, verstanden werden kann. Während in Staaten mit erodierendem Gewaltmonopol beispielsweise private militärische Unternehmen (PMA) für transnationale Wirtschaftsunternehmen Schutz und Sicherheit übernehmen, bauen große Staaten ihr Gewaltmonopol aus und strukturieren es für weltweite Kriseneinsätze im Sinne nationaler Interessensicherung um.

Während eine schrittweise und gezielte Demontage des UN-Systems als deutliches Zeichen der Unverzichtbarkeit des Militärs als Gewaltinstrument erkennbar wird, haben die USA in ihrer jüngsten Verteidigungsdoktrin nicht nur die Formel vom „gerechten Krieg“ wiederbelebt, sondern sogar in der *National Security Strategy* vom 17.

September 2002 das Recht auf präventive Verteidigung für sich in Anspruch genommen.

Damit aber werden Errungenschaften des Völkerrechts und vor allem das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen als einen Kern der Charta der Vereinten Nationen, endgültig auf den Müllhaufen der Geschichte befördert.

Als Rechtfertigung wird ironischerweise eine Bedrohung der USA durch „*Failed states*“ konstatiert, wobei deren Scheitern vielfach Resultat des von den USA beförderten Neo-Liberalismus bzw. Folgen von *low intensity conflicts* darstellt (vgl. Ruf 2003, S.9-28)

Wird die Globalisierung und ihre Verästelung auch seitens politischer Eliten instrumentalisiert um „Gegner“ zu schwächen und letztlich zu kontrollieren.

Europa wird gut beraten sein, aus Ereignissen und deren Konsequenzen Lehren zu ziehen und entsprechend zu handeln – falls es nicht bereits zu spät ist.

### **Überblick über die Entstehung von GATS**

“Ranging from architecture to voice-mail telecommunications and to space transport, services are the largest and most dynamic component of both developed and developing country economies. Important in their own right, they also serve as crucial inputs into the production of most goods. Their inclusion in the Uruguay Round of trade negotiations led to

the **General Agreement on Trade in Services (GATS)**. Since January 2000, they have become the subject of multilateral trade negotiations.”<sup>1</sup>

Privatisierung ist die Veräußerung und Umwandlung öffentlichen Vermögens in privates Eigentum, zum Beispiel durch die Überführung eines staatlichen Betriebes in ein Privatunternehmen. Privatisierung beruht auf der wirtschaftsliberalen Überzeugung, dass der Anteil des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Verantwortung zugunsten der privaten Wirtschaft und der Marktorientierung zurückgedrängt werden müsse. Privatisierung ist daher zumeist Teil eines politischen Programms, das den „schlanken Staat“ anstrebt, wirtschaftspolitische Deregulierung fordert und auf mehr private Verantwortung zielt.<sup>2</sup>

Die Grenzen eines modernen souveränen Staates sind fest gefügt und werden durch ein von diesem Staat aufrecht erhaltenes Gewaltmonopol gesichert. Nach innen gewährleistet der Staat seinem – das ihn konstituierende – Staatsvolk jene Sicherheit, die gebraucht wird, um eben diesen Staat aufrecht zu erhalten. Dieses innerstaatliche Gewaltmonopol, die Polizei und alle Aufgaben, die sie zu bewältigen hat, geraten zunehmend unter wirtschaftlichen Druck, sich – wie der Kapitalmarkt von all seinen Gütern abverlangt – marktwirtschaftlich zu behaupten. Nicht mehr der zu schwerfällige und zu teure Staat soll diese Dienste (gewähr)leisten, sondern private Unternehmen erledigen dieses ökonomischer und effizienter. Wachdienste, der Strafvollzug oder Autobahnpolizeien werden zunehmend privatisiert.

Das innere Gewaltmonopol kann somit nicht mehr als exklusive Angelegenheit des Staates betrachtet werden. In der immer mehr zunehmenden Diskussion um die Effizienz der öffentlichen Sicherheit

---

<sup>1</sup> [http://www.wto.org/english/tratop\\_e/serv\\_e/serv\\_e.htm](http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/serv_e.htm)

<sup>2</sup> Dieter NOHLEN: Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe, C.H. Beck, München, 1998. S. 521.

wird immer mehr die These vertreten, dass Unternehmen im privaten Bereich eine bessere Performance aufweisen als eben die im öffentlich-rechtlichen.

Schon seit den späten 1970er Jahren wird zunehmend eine Politik der Deregulierung und Liberalisierung verfolgt, die seitens der großen Unternehmen gefördert wird.

Instanzen übernationaler Art, wie etwa die EU auf supranationaler oder die WTO auf internationaler Ebene, ebneten den Weg einer beabsichtigten politischen Erosion des Staates und seiner Funktionen. Der Abbau des Wohlfahrtsstaates und der Erhalt der Vollbeschäftigung als Basis eines modernen Sozialstaates sollen ausgehöhlt werden.

Mit dem Vorrücken des Neoliberalismus in den 1980er Jahren wurde die vorherrschende Überzeugung mehr und mehr in den Hintergrund gestellt, dass bestimmte Dienstleistungen öffentliche Grundrechte sind. Diese Grundrechte sind Teil der Basis eines funktionierenden Sozialstaates, der seinerseits wieder die Garantie übernimmt, dass jeder/jedem der unumschränkte Zugang gewährleistet wird.

Mittels eines internationalen Vertrags, wie dem GATS, das ein Abkommen der Mitgliedstaaten der WTO zur Liberalisierung des Dienstleistungssektors ist soll die seit Jahren in den Nationalstaaten praktizierte Liberalisierung in internationalen Verträgen verankert werden.

Das „*General Agreement on Trade in Services*“ (GATS), das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen, wurde 1994 im Rahmen einer internationalen Konferenz über Zoll- und Handelsabkommen

beschlossen. Die dort gefassten Beschlüsse müssen nach Weisungen der Welthandelsorganisation (WTO) bis 2005 vollständig umgesetzt werden.

#### Bretton Woods (1944):

Vom 1. bis 23. Juli 1944 war Bretton Woods der Tagungsort der Währungs- und Finanzkonferenz der UNO an der 44 Staaten teilnahmen. In den Abkommen von Bretton Woods wurden die Verträge über die Errichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) sowie der Internationalen Handelsorganisation (ITO), die nie Realität wurde, beschlossen. Dieses System war entstanden, als die kapitalistischen Großmächte ein Programm der nationalen Regulierung in Kraft setzten. Das Ziel war die Widersprüche der Weltwirtschaft zu beherrschen und die Entwicklung einer sozialistischen Revolution zu unterbinden. Der IWF hatte die Aufgabe das System der fixen Wechselkurse zu überwachen und Währungsspekulationen zu bekämpfen. IWF und ITO waren Organisationen der UNO.

#### GATT (1947 bis 1995):

Von 1947 bis 1995 war das GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*), das allgemeines Zoll- und Handelsabkommen das entscheidende Regulierungsinstrument (oder Deregulierungsinstrument). Das Abkommen wurde am 30. Oktober 1947 von 23 Staaten unterzeichnet und diente der Erleichterung des gegenseitigen Handels auf der Grundlage der Meistbegünstigung und zur Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Es trat am 1. Jänner 1948 in Kraft und gehörte zu den Sonderorganisationen der UNO. Das GATT diente der Liberalisierung des weltweiten Warenhandels. Beschränkungen durch Zölle oder auch solche nicht

tarifärer Art wie Mengenkontingentierungen, des globalen Warenhandels sollten sukzessive aufgehoben werden.

#### Uruguay-Runde (1986 bis 1994):

Die Uruguay-Runde der Jahre 1986 bis 1994 machte das GATT zu einer zentralen Instanz für die ökonomischen Integrationsräume die sich Europa, Südostasien und Amerika bildeten. Die rasch ansteigende Internationalisierung diverser Produktionen hat eine deutliche Aufwertung des GATTs zur Folge. Dienstleistungen und geistige Eigentumsrechte wurden als neue Sektoren hinzugefügt. Das *Intellectual Property Committee* (IPC) sollte dafür sorgen, dass die Interessen von Konzernen am geistigen Eigentum vollständig in die Schlussdokumente aufgenommen werden. Daher waren multinationale Unternehmungen sehr am Abschluss des TRIPS (*trade-related aspects of intellectual property rights*), des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum interessiert, um ihre Interessen bei den GATT Verhandlungen durchzusetzen. Das TRIPS setzt Mindeststandards für den Schutz der Rechte am geistigen Eigentum fest.

#### WTO (1. Jänner 1995):

Am 14. April 1994 wurde in Marrakesch in Marokko das Abschlussdokument der Uruguay-Runde unterzeichnet, das die WTO ins Leben rief. Die WTO ist somit die Verwalterin der Verträge des GATTs (Liberalisierung des Warenhandels), GATS' (Dienstleistungsabkommen bzw. Handel mit Dienstleistungen) und des TRIPS' (Abkommen über handelsbezogene geistige Eigentumsrechte). Die WTO trat am 1. Jänner 1995 in Kraft und löste mit 1. Jänner 1996 das GATT endgültig ab.

### GATS:

Im GATS, das 2005 endgültig abgeschlossen sein soll, sind alle Dienstleistungen mit Ausnahme von Dienstleistungen im Luftverkehr und solcher, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden (Polizei).

- Das langfristige Ziel besteht darin, dass alle Hemmnisse des Handels aufgehoben werden, was die Mitglieder verpflichtet sich einer ständig ansteigenden Liberalisierung zu unterwerfen.
- Alle inländischen und ausländischen Anbieter müssen gleich behandelt werden. Das beinhaltet etwas die völlige Liberalisierung der Bildungswesen. In diesem Fall wären staatliche Subventionen regelwidrig.
- Vollkommene Offenlegung aller Gesetze, Normen und Standards aller WTO-Mitgliedsländer.
- Politische Ziele der einzelnen Staaten – etwa im Sozial- oder im Umweltbereich – müssen sich einer Prüfung unterziehen, die feststellt, ob die angestrebten Maßnahmen die am wenigsten handelshemmenden sind bzw. keine überflüssigen Beschränkungen für den Dienstleistungshandel darstellen.
- In einer Meistbegünstigungsklausel wird vorgeschrieben, dass kein ausländischer Anbieter im Nachteil gegenüber einem inländischen sein darf.

Profiteure des GATT, der WTO bzw. des GATS' sind globale Institutionen (IWF oder Weltbank), die ihr Interesse an neuen Wirtschaftsgebieten, wie etwa den Dienstleistungssektor, haben. Weitere Gewinner sind Banken und Versicherungen, die in Firmen Geldproduzenten sehen, mit denen gehandelt wird, um Profite zu maximieren. Großkonzerne und Firmen sind sehr daran interessiert ihre Produktion auf den Sektor der Dienstleistungen auszudehnen, weil

dieses Gebiet auf der „kapitalistischen Landkarte“ noch „weiße Flecken“ aufweist, äußerst profitversprechend sind.

Verliererinnen und Verlierer sind sozial Schwache, da GATS die weltweite Privatisierung und Liberalisierung bislang staatlicher Dienstleistungen verlangt. Aufgaben, die bislang der Staat wahrgenommen hat wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Spitäler oder auch Gefangenenbetreuung, Überwachung des öffentlichen Verkehrs, etc. sollen, um effizienter und billiger zu sein, privatisiert werden. Denn nach dem neoliberalen Konzept verbessert sich im Wettbewerb am freien Markt die Qualität und die Preise fallen. Das entlastet wiederum den Staat, der sich dann mehr dem Schutz des privaten Eigentums widmen kann.

Da zu den Grundrechten des Menschen die Gleichbehandlung, die soziale Sicherheit und unumschränkte Bildung zählen, sind das Aufgaben die ein moderner Sozialstaat zu bewältigen hat. Werden diese Aufgaben nun durch nicht staatliche Organisationen, Konzerne, etc. wahrgenommen, so kann das durchaus als eine Art des (modernen?) Staatszerfalls angesehen werden.

### **Privatisierung und Kommerzialisierung am Beispiel von „European Homecare“ einem Dienstleistungsbetrieb im Asyl- und Flüchtlingswesen**

European Homecare GmbH  
Am Uhlenkrug 45  
45133 Essen

Telefon: (+49) 0201 - 45 13 66-0 oder  
(+49) 0700 - 08 00 99 99

Fax: (+49) 0201 - 45 13 66-66 oder  
(+49) 0700 - 08 00 33 33

Homepage: <http://www.eu-homecare.com/>

E-Mail: [mail@eu-homecare.com](mailto:mail@eu-homecare.com)

Gründungsdatum: 1989

Gründer und Geschäftsführer: ursprünglich Rudolf Korte & Morsek GmbH, im Moment Rudolf Korte und Juniorchef Sascha Korte

Die Familie Korte ist seit vier Generationen in Essen ansässig. Rudolf Korte betrieb vor der Gründung von „European Homecare“ die Firma „Paul Noel- Baubeschläge und Schlüsseldienst“.

European Homecare ist zertifiziert nach ISO 9001:2000 = Qualitätsmanagement und nach Konformitätsnachweis HAACP für die Bereiche Küche und Verpflegung.

European Homecare hat sich seit über zehn Jahren der umfassenden Betreuung des Asyl- und Flüchtlingswesens verschrieben.

Bisher war European Homecare nur in Deutschland tätig, seit Ende Oktober 2002 ist European Homecare auch in Österreich (Traiskirchen) im Bereich „Rückkehrberatung“ (erstmalig) aktiv. Seit 1. Juli 2003, nach Auftragsvergabe im Februar 2003, ist European Homecare für den Betrieb der vier Bundesbetreuungseinrichtungen Traiskirchen, Thalham, Bad Kreuzen und Reichenau zuständig, weiters gab es Gespräche mit der spanischen Regierung die jedoch vorerst fehlgeschlagen sind und im Moment wird versucht auf dem englischen Markt Fuß zu fassen. Mitbewerber am englischen Markt ist die Firma „Group 4 Falck“ der weltweit zweitgrößte Sicherheitskonzern (Leitung von Gefängnissen, Wachdienste) „Group 4 Falck“ betreibt sechs der großen gefängnisartigen *Immigration Detention Centres*.

Firmenprinzip: privater Dienstleister für die öffentliche Hand.

Dementsprechende Kunden: Kommunen, Städte, Gemeinden, Länderregierungen und Ministerien

Mitarbeiter: 220

Geboten werden Unterbringungs- und Beratungsmöglichkeiten. Die Bereitstellung von Wohnraum erfolgt durch Anmieten von Immobilien, weitere Aufgaben liegen in der Versorgung von Flüchtlingen mit Lebensmitteln und Hygiene-Artikel.

Modellprojekt: Erstaufnahmestation in Chemnitz für 750 Menschen.

In Zusammenarbeit mit den Behörden werden alle anfallenden Aufgaben getätigt.

- Weitere Standorte: Dranske auf Rügen, 250 AsylwerberInnen;
- Möhlau in Sachsen Anhalt, 550 Flüchtlinge;
- Seit Mitte 2001 Betreuung der Zentralen Unterbringungseinrichtung Düren in Nordrhein- Westfalen

Insgesamt Betreuung von ca. 4000 Flüchtlingen in Deutschland

16 Häuser in Deutschland

Kosten: für die Rückkehrberatung von in Traiskirchen untergebrachten Flüchtlingen 100 000 Euro p. Monat, ab Jänner 2003 nach Vertragsende jedoch Verhandlungen, European Homecare muss die Preise für Rückkehrberatung auf 55 000 Euro p. Monat senken und erhält eine Vertragsverlängerung für die Rückkehrberatung bis Ende Juni 2003, im Februar 2003 Auftragsvergabe an European Homecare für die Leitung

der vier größten Flüchtlingslager in Österreich Traiskirchen, Thalham, Bad Kreuzen und Reichenau ab 1. Juli 2003.

Kosten für Betreuung ohne Beratung: 12,90 Euro Tagespauschale, vor Übernahme durch European Homecare 17 Euro, Angebot von Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Rotes Kreuz- Konsortium 15 Euro ( „drunter geht's nicht“ so Diakonie- Sprecher Christoph Riedl).

Gesamtauftragsvolumen: ca. fünf Millionen Euro pro Jahr

Vertragsdauer: unbefristet

### Rollenspiel

Frage: Was ist das von ihnen verlangte Anforderungsprofil an ihre MitarbeiterInnen?

Antwort: Das kommt darauf an in welcher Art und Weise sie bei uns mit arbeiten möchten, wir bieten zum einen Jugendlichen, die ihre Schulpflicht erfüllt haben, die Möglichkeit eines Freiwilligen Soziales Jahres (FSJ) an. Dieses Erkundungsjahr ist eine sinnvolle Informationsquelle für alle diejenigen, die noch keine konkreten Vorstellungen über ihre berufliche Zukunft haben, aber Freude daran haben, mit Menschen verschiedener Nationalitäten zusammen zu arbeiten, aufgeschlossen und kontaktfreudig sind.

Und zu anderen Jobs möchte ich vorab ein paar Worte zu unserer Unternehmenskultur sagen:

European Homecare ist modern und flexibel und passt in die heutige Zeit. Das kommt den uns anvertrauten Menschen zugute – aber ebenso unsere Mitarbeitern.

Offenheit und Fairness sind tragende Säulen in unseren überschaubaren, freundlichen Teams. Bei uns muss keine/r nur "funktionieren"; Kooperation und Kommunikation sind der Schlüssel zum Erfolg. Unabhängig davon, in welchem Bereich und in welcher Abteilung man tätig ist.

Arbeiten bei European Homecare ist mehr als nur ein Job: Wer sich bei uns engagiert, engagiert sich für ein menschliches Miteinander.

Das gilt natürlich ganz besonders für die MitarbeiterInnen, die in direktem Kontakt zu den Bewohnerinnen und Bewohnern stehen. Aber auch die, die hinter den Kulissen tätig sind, im organisatorischen Bereich, in der Verwaltung oder in der Technik, leisten mit ihrer täglichen Arbeit einen wichtigen Beitrag. Sie sorgen dafür, dass alles reibungslos läuft, und das ist schließlich die Voraussetzung dafür, daß European Homecare die ihm gestellten Herausforderungen täglich aufs Neue meistern kann.

Wer dies verinnerlicht hat und eine entsprechend dienstleistungsorientierte Arbeitseinstellung mitbringt, findet bei European Homecare eine ideale Plattform für seine berufliche und persönliche Weiterentwicklung. Dazu ein Team, das Spaß macht und zusammenhält.

Frage: European Homecare ist von Innenminister Strasser mit der Aufgabe betraut worden die rasche Rückkehr von Flüchtlingen im Rahmen einer „Rückkehrberatung“ zu organisieren, als Grund warum ihr Unternehmen zum Zug gekommen ist und nicht Hilfsorganisationen wie z. B. die Caritas welche Kriterien wie Freiwilligkeit, ein faires Asylverfahren und die Entwicklung von

Perspektiven im jeweiligen Herkunftsland ernst nehmen, nennt Innenminister Strasser ihre Professionalität und Helene Partik-Pable, Nationalratsabgeordnete der FPÖ begrüßt ebenfalls diese Entscheidung mit den Worten: „dass andere Hilfsorganisationen den Asylanten eher alle Wege aufgezeigt haben, wie man am besten in Österreich verbleiben kann, als sie tatsächlich dazu zu bewegen, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.“, können sie uns dazu ein paar Worte sagen?

Antwort: Unsere Professionalität und unser Engagement bei der Betreuung von Flüchtlingen habe ich, glaube ich, schon bei der vorangegangenen Präsentation unter Beweis gestellt, was die Aussage von Frau Partik-Pable betrifft, so möchte ich zum einen unseren für Österreich zuständigen Mitarbeiter Eckart Wilcke, einen Mann aus dem Praxisfeld also, zitieren: „ die Mehrzahl der Flüchtlinge wird zwar tatsächlich verfolgt, aber es sind auch viele Kriminelle darunter“ und ansonsten möchte ich nur sagen, dass soziales Engagement die Aufgabe von Hilfsorganisationen ist und auch bleiben soll und wir uns hier als Auftragnehmer sehen, es steht uns nicht zu Kritik am Auftraggeber zu üben, wir erledigen hier unseren Job mit der von uns verlangten und angebotenen Professionalität.

Frage: Den Medien war zu entnehmen, dass ihr Unternehmen eine interne Information des Innenministeriums erhalten hat in welcher steht: „Es würde nicht schaden, wenn bei den Beratern der Eindruck eines zügig abgewickelten Asylverfahrens entstünde, an dessen baldigem Ende (erwartungsgemäß rechtskräftige Abweisung) die entsprechenden fremdenrechtlichen Verfügungen bzw. Zwangsmaßnahmen wie Aufenthaltsverbot, Schubhaft und Abschiebung stehen, diese Information war weiters mit dem Hinweis versehen: „... wie telefonisch besprochen, bitte diskret behandeln,

insbesondere keine schriftlichen Instruktionen für die Mitarbeiter aufzunehmen.“ Können Sie uns bestätigen so eine Weisung erhalten zu haben?

Antwort: Dazu möchte ich mich nochmals auf unseren für Österreich zuständigen Mitarbeiter berufen, dieser hat damals schon gesagt solch eine Weisung niemals erhalten zu haben und weiters möchte ich hier den zuständigen Sektionschef im Innenministerium Wolf Szymanski zitieren: „ Wenn man sagt, dass Asylverfahren jedenfalls zwei Jahre oder länger dauern und währenddessen keine Abschiebung möglich ist, wäre das zwar richtig, aber einer Rückkehrberatung nicht dienlich“, ansonsten möchte ich dazu nichts weiter sagen, denn wie schon gesagt, steht es uns nicht zu unseren Auftraggeber zu kritisieren.

Frage: Der Traiskirchner Bürgermeister Fritz Knotzer hat in einem Gespräch mit dem Niederösterreichischen Pressedienst schwere Kritik an ihrem Unternehmen geübt und zwar Kritik dahin gehend, dass, seit ihr Unternehmen die Leitung des Flüchtlingslagers übernommen hat, alle regionalen Betriebe bis auf einen Bäcker, die zuvor in Geschäftsbeziehungen mit der Bundesasylstelle gestanden waren, nun durch die Finger schauen. Knotzer wörtlich: „ Fleischer, Gemüsehändler, Gemischtwarenhändler sogar Autoreparaturwerkstätten lebten früher von und mit dem Lager. Bisher hatten unsere Gewerbetreibenden ein Geschäft und damit auch Kontakte mit den Menschen im Lager.“ Warum die Traiskirchner Gewerbetreibenden nicht mehr gebraucht werden, sieht Knotzer klar in ihren Firmenverflechtungen, Zitat Knotzer: „ Die Besitzer von European Homecare, Vater und Sohn, haben auch eine zweite Firma, eine Menü- Servicefirma. Fleisch und die wesentlichen Dinge werden in Ostdeutschland zubereitet, in Tiefkühlcontainern hierher gekarrt und im Lager fertig gekocht, bzw.

aufgewärmt. Kartoffeln, Nudeln etc werden ebenfalls mitgeliefert und hier nur noch gekocht.“

Wie Sie wahrscheinlich wissen, stellt das Flüchtlingslager für viele TraiskirchnerInnen ohnehin schon ein Problem dar, wenn diese Leute jetzt auch noch ihr Geschäft, ihre Arbeit verlieren wird dies ihren Unmut noch fördern, wie rechtfertigen sie ihr Verhalten diesbezüglich?

Antwort: Wie ich schon gesagt habe, ist soziales Engagement Aufgabe von Hilfsorganisationen, wir sind ein privates Dienstleistungsunternehmen, wir bekommen keine Spendengelder wie z. B. die Caritas. 1993, also vier Jahre nach unserer Firmengründung, schätzte der deutsche Journalist Friedrich Kassel das Marktpotential der Unterbringung und Versorgung von Asylwerbern und Innen auf acht Milliarden DM, also rund vier Milliarden Euro. Auf diesem Markt verdient eine ganze Liste von Wirtschaftszweigen ihr Geld, z. B. Anwälte, Übersetzer, Bauunternehmer, Sozialarbeiter, Verkehrsunternehmen, Wachdienste, Hoteliers, Hauseigentümer, Supermarktketten, Fertigmendienste, Restaurantbesitzer, an dieser Liste können sie erkennen wie groß einerseits der Konkurrenzkampf ist, andererseits sind auf dieser Liste einige Berufe und Wirtschaftszweige angeführt die de facto von Unternehmen wie uns bezahlt werden, wenn sich also ein Unternehmen wie das unsrige ein zweites Standbein schafft und die daraus resultierenden Synergien erfolgreich nutzt, so kann das im Endeffekt doch nur im Sinn der SteuerzahlerInnen sein.

Sonst noch Fragen? Nein, dann bedanke ich mich für Ihr Interesse und hoffe, Sie für unser Unternehmen interessiert zu haben. Ich wünsche noch einen schönen Abend, auf Wiedersehen.



### Abkürzungen:

EU: Europäische Union  
GATS: General Agreement on Trade in Services  
GATT: General Agreement on Tariffs and Trade  
IPC: Intellectual Property Committee  
ITO: International Trade Organization  
IWF: Internationaler Währungsfonds  
TRIPS: Trade-related Aspects of Intellectual property Rights  
WTO: World Trade Organization

### Literaturverzeichnis:

#### **Literatur:**

Elmar ALTVATER / Birgit MAHNKOPF (2002): „Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft“, 5. Auflage, Westfälisches Dampfboot Münster, 2000, S.63-68.  
Dieter NOHLEN: „Lexikon der Politik“, Band 7: Politische Begriffe, C.H. Beck, München, 1998.  
Werner RUF, (Hrsg.): „Politische Ökonomie der Gewalt, Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg“; Leske+Budrich, Opladen, 2003; S.9-28  
Emanuel TODD: „Weltmacht USA. Ein Nachruf“; 12. Auflage, Piper Verlag München, 2003; S. 239

#### **Quellen:**

Sieglinde ROSENBERGER & Julia SCHULTE-DERNE: „Demokratie – Untersuchungsfeld Universität“; Forschungspraktikum (SS 2003), Institut für Politikwissenschaften, Universität Wien.  
Sozialistische Jugend Österreichs: GATS-Reader.

#### **Internet:**

[http://www.arbeit-wirtschaft.at/aw\\_09\\_2003/art6/\\_druck.htm](http://www.arbeit-wirtschaft.at/aw_09_2003/art6/_druck.htm)

download: 20.01.2004

<http://www.eu-homecare.com>

download: 20.01.2004

<http://www.gats.de/>

<http://www.no->

[racism.net/staatsrassismus/european\\_homecare101102.htm](http://www.no-racism.net/staatsrassismus/european_homecare101102.htm)

download: 24.01.2004

<http://www.no->

[racism.net/staatsrassismus/european\\_homecare010203.htm](http://www.no-racism.net/staatsrassismus/european_homecare010203.htm)

download: 24.01.2004

[http://www.no-racism.net/staatsrassismus/bundesbetreuung\\_neu040303.htm](http://www.no-racism.net/staatsrassismus/bundesbetreuung_neu040303.htm)

download: 24.01.2004

[http://www.no-racism.net/deportatiNO/european-homecare\\_aktion180803.htm](http://www.no-racism.net/deportatiNO/european-homecare_aktion180803.htm)

download: 26.01.2004

<http://www.wirtschaftspresstedienst.at/druckansicht.php?ausgnr=730>

download: 20.01.2004

<http://www.wto.org/>